

Pro Klima, contra Russland

Wären die Europäer mutiger bei erneuerbaren Energien, würden sie unabhängiger von russischem Gas VON FRITZ VORHOLZ

Es wäre für die Europäer so einfach, unabhängiger vom russischen Gas zu werden. Wie und mit welchem geringem Aufwand, geht sogar aus einem amtlichen Dokument der EU hervor. Aber die europäischen Staats- und Regierungschefs handeln nicht. Sie streiten. Polens Premier Donald Tusk etwa wirft den Deutschen die Energiewende vor, mit der man – meint Tusk – sogar noch abhängiger vom russischen Gas geworden sei.

Ja, was stimmt denn nun?

Eine Auflösung könnte der EU-Gipfel am kommenden Donnerstag bieten, bei dem es eigentlich um den Klimaschutz und die Verringerung der CO₂-Emissionen gehen sollte. Aber seit dem Ausbruch des Krimkonflikts ist ein zweites, dringendes Thema auf die Tagesordnung gerückt: die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen. Und tatsächlich gibt es einen Zusammenhang zwischen beiden Themen, den die Staats- und Regierungschefs bislang ignorieren: Je mutiger die Europäer beim Klimaschutz werden, desto unabhängiger machen sie sich von Energieimporten, insbesondere von Erdgasimporten.

Europas eigene Erdgasförderung sinkt bis 2030 um rund ein Drittel

Welche Konsequenzen unterschiedliche Beschlüsse über die europäischen Klimaziele hätten, hat die EU-Kommission selbst durchrechnen lassen, in der sogenannten Folgenabschätzung, einer Entscheidungshilfe vor dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs.

Bleibe alles beim Alten, könnten sich die Europäer also nicht auf mehr Klimaschutz einigen, dann müssten sie im Jahr 2030 laut Folgenabschätzung rund fünf Prozent mehr Erdgas importieren als 2010. Das scheint nicht viel zu sein. Europas eigene Erdgasförderung wird aber in den Jahren bis 2030 um rund ein Drittel sinken. Selbst wenn, wie im »Referenzszenario« angenommen, auch der europäische Erdgasverbrauch etwas sinkt, stiege die Importabhängigkeit unterm Strich deutlich an: von 62 Prozent auf 73 Prozent des Verbrauchs.

Wenn die Europäer sich lediglich auf ein neues Klimaziel von minus 40 Prozent (2030 gegen-



Produktion von Rotorblättern für Windanlagen bei Nordex in Rostock

über 1990) einigten, würde der Erdgasimport laut Folgenabschätzung zwar leicht sinken, nämlich um neun Prozent im Vergleich zu 2010. An der Abhängigkeit vor allem von russischen Lieferungen würde sich aber vermutlich nicht viel ändern.

Nur ein ambitionierteres Klimaziel (minus 45 Prozent bis 2030), dazu eine Zielmarke von 35 Prozent für den Anteil der erneuerbaren Energien und obendrein eine ehrgeizige Energieeffizienzpolitik würden Europa merklich aus seiner prekären Lage bei der Gasversorgung befreien. Die Erdgasimporte würden dann um 28 Prozent schrumpfen; rechnerisch entsprächen die vermiedenen Importe rund drei Viertel der Erdgasmenge, die derzeit aus Russland kommen.

Bisher liegen der europäischen Klima- und Energiepolitik drei Ziele zugrunde. Unter der Regie von Angela Merkel, die damit zur Klimakanzlerin avancierte, einigten sich die Europäer 2007 darauf, den Ausstoß von Treibhausgasen um 20 Prozent zu vermindern, den Anteil erneuerbarer Energien auf 20 Prozent zu erhöhen und den Energieverbrauch gegenüber einer gedachten Referenzentwicklung um 20 Prozent zu senken – jeweils bis zum Jahr 2020. Nun muss entschieden werden, wie es danach weitergeht, zunächst bis 2030.

Unstrittig ist, dass die Ziele und Maßnahmen, auf die sich die Europäer bisher geeinigt haben, ausreichenden Klimaschutz nicht gewährleisten. Bis Mitte des Jahrhunderts werden die Emissionen der EU im Vergleich zu 1990 nach Lage der Dinge um höchstens 44 Prozent sinken; sie müssten aber um mindestens 80 Prozent sinken, soll das international angestrebte Ziel, die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, noch in Reichweite bleiben. Wenn die Europäer ihren Beitrag dazu leisten wollen, müssen sie ihren Klimaschutz verschärfen – auch um die Chance zu wahren, dass 2015 bei der UN-Klimakonferenz in Paris ein wirksames Klimaschutzabkommen zustandekommt.

Allerdings gibt es darüber nicht nur Streit zwischen den europäischen Regierungschefs. Auch die traditionellen Energieanbieter wehren sich gegen ehrgeizigere Klimaziele. Sie müssten um Marktanteile fürchten, beispielsweise weil Häuser besser gedämmt würden und weniger Erdgas zum Heizen brauchten. Die Chefs von zwölf europäischen Energiekonzernen, darunter RWE und E.on, haben deshalb in den vergangenen Wochen heftig dafür gekämpft, dass die EU sich in punkto

Klimaschutz zukünftig nur noch einem einzigen Ziel verschreibt – der CO₂-Minderung. Der effizientere Umgang mit Energie würde dann vernachlässigt, ebenso das Wachstum der grünen Energien.

Der Sicherheit der Energieversorgung diene das jedenfalls nicht. »Die positiven Auswirkungen sind in den Szenarien mit ehrgeizigen Energieeffizienzmaßnahmen und Zielvorgaben für erneuerbare Energien am höchsten«, heißt es in der Folgenabschätzung.

Manche Regierungschefs glauben an eine Renaissance der Atomkraft

Deshalb machen sich inzwischen viele für eine Klimapolitik mit drei ambitionierten Zielen stark. Es säne dann nicht nur Europas Verwundbarkeit, obendrein würden auch zusätzliche Jobs geschaffen und die durch Luftverschmutzung verursachten Gesundheitskosten würden reduziert, jährlich in Höhe einer zweistelligen Milliardensumme. Allein diese Ersparnis machte die etwas höheren »Systemkosten« wett, die mit den anspruchsvolleren Varianten der Klimapolitik verbunden sind. Auch das geht aus den Berechnungen der Brüsseler Kommission hervor.

Umso erstaunlicher ist es, dass die Kommission selbst Mitte Januar nur einen hasenfüßigen Vorschlag für die Gestaltung der Klimaziele 2030 gemacht hat: Obwohl die Internationale Energieagentur Effizienz inzwischen zur Energiequelle Nummer eins erkoren hat, fehlt im Kommissionsvorschlag jegliches Ziel dafür. Die Erneuerbaren sollen laut Brüssel im Jahr 2030 einen Anteil von gerade einmal 27 Prozent am EU-weiten Energieverbrauch haben; das wäre kaum mehr, als sie laut Folgenabschätzung ohnehin erreichen würden.

Laut einer aktuellen Umfrage meinen 70 Prozent der Europäer, die Verringerung von Energieimporten sei »ökonomisch vorteilhaft« – und dennoch machen die Staats- und Regierungschefs der EU keine Anstalten, Europa klimapolitisch wieder auf Kurs zu bringen. Manche von ihnen glauben an eine Renaissance der Atomkraft, andere an eine Zukunft mit Kohle.

Der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sie sich am kommenden Donnerstag wahrscheinlich werden einigen können, wird jedenfalls nicht ausreichen, unabhängig vom russischen Gas zu werden.

Er parkt nicht. Er wartet.

Ab 15. März: der neue GLA. Freiheit ist ansteckend.

Der Entdecker des Unentdeckten: Der neue GLA ist stets bereit, neue Wege einzuschlagen. Dank des Allradantriebs 4MATIC behält der kompakte SUV auch auf schwierigem Untergrund die Kontrolle – und den Überblick. Schließlich zeigt die Headunit die wichtigsten Steigungs- und Neigungswinkel des GLA an. So wird fremdes Terrain schnell zu einem guten Bekannten. www.mercedes-benz.com/gla



Mercedes-Benz
Das Beste oder nichts.

Die Verbrauchswerte beziehen sich auf die zur Markteinführung (03/2014) verfügbaren Motoren (GLA 200/200 CDI/200 CDI 4MATIC/220 CDI/220 CDI 4MATIC/250 und 250 4MATIC) sowie GLA 45 AMG 4MATIC (ab 07/2014). Kraftstoffverbrauch kombiniert: 7,5–4,3l/100 km; CO₂-Emissionen kombiniert: 175–114 g/km.

Anbieter: Daimler AG, Mercedesstraße 137, 70327 Stuttgart